A5 B5 A4 B4 A3 B3 A2 B2 A1

Ausgabe für Groß-Berlin

10 Pfennig

Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 9. März 1928
Freitag Abend

Chefredakteur: Dr. Fritz Klein. Schriftleitung und Verlag Berlin SW 48, Wilhelmstrasse 30—31. Fernsprecher: Amt Bergmann 5970—5969. Postscheck Berlin Nr. 107 941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Monatl. Bezugspreis 4.35 R.-M. in Berlin durch Boten.

Mit den Beilagen
Das Unterhaltungsblatt * Das neue Buch
Kraft und Stoff * Weltverkehr
Wirtschaft und Recht

Bankkonto: Darmstädter und Nationalbank, Berlin SW 68. Friedrichstrasse 46. Bei unverschuldeter Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0.45 R.-M. für die 33 mm breite Millimeter-Zeile. Bedarfsanzeigen nach besonderem Tarif.

67. Jahrgang
9. J. a
Nr. 118
10 Pfennig

Zum Tage

Tschamberlain hat im Völkerbundrat einen neuen Vorschlag zur Lösung des ungarisch-rumänischen Optantenstreites gemacht.

*

Die deutschen Bauern in Lettland haben bei den Gemeindewahlen bemerkenswerte Erfolge erzielt.

*

Die Korfanty-Partei will wegen des Terrors bei den polnischen Wahlen gegen das Wahlergebnis im Wahlkreis Kattowitz protestieren.

*

Der schweizerische Nationalrat hat mit 144 gegen 38 Stimmen die Aufnahme der Todesstrafe in das neue schweizerische Strafgesetzbuch abgelehnt.

*

Außer in Kairo haben auch in den ägyptischen Provinzen ernste Unruhen stattgefunden.

*

Durch einen doppelten Wasserrohrbruch und einen Straßeneinsturz in Tempelhof wurden umfangreiche Verkehrsstörungen verursacht.

* Ausführliches siehe unten.

Die Richtlinien, die das **Zentrum zur Reichsreform** beschlossen hat, tragen der föderalistischen Ueberzeugung der blutsverwandten Bayrischen Volkspartei weitgehend Rechnung. Es wird u. a. erklärt, daß in schematischer Einheitsform eine Verteuerung herbeiführen würde, daß die Erhaltung der Kulturzentren in den verschiedenen Ländern außerhalb Berlins ein wesentlicher Aktivposten der geistigen und kulturellen Geltung Deutschlands sei; eine klare Abgrenzung der Aufgaben zwischen Reich, Ländern und Gemeinden müsse beschleunigt erfolgen, um dann eine endgültige Steuerreform bzw. Gesamtfinanzgebarung mit verantwortlicher finanzieller Eigenwirtschaft aufzubauen. Ferner wird die Wiederherstellung der alten preußischen Hegemonie für unmöglich erklärt, Bereichsbildung oder Zerschlagung Preußens abgewiesen und festgestellt: „Praktisch möglich ist zunächst nur der Weg, durch Anbahnung eines vertrauensvollen Verhältnisses zwischen Reichsgewalt und preußischer Staatsgewalt Reibungen zu vermeiden und auf gemeinsame Arbeit in der Verwaltungsvereinfachung hinzuführen." — Dazu ist zu bemerken: Es ist klar, daß keine Partei so sehr dazu berufen ist, für ein Vertrauensverhältnis zwischen Reich und Preußen zu wirken wie gerade die Zentrumspartei, und daß ferner die Zentrumspartei in der ganzen Frage der Reichsreform ein gewichtiges Wort zu sprechen haben wird. Um so bedeutsamer erscheint es, daß das Zentrum in seinen Richtlinien sich keineswegs für den schematischen Einheitsstaat ausspricht, sondern für eine organische Fortbildung des Bestehenden, so daß sich auch auf diesem Felde die Möglichkeit gemeinsamer vaterländischer Arbeit mit der Rechten ergibt.

*

Mit wenig Witz und in recht taktloser Weise glaubt ein Berliner Abendblatt seinen Lesern eine Schlußnote unter den Besuch des Königs **Aman Ullah** vorsetzen zu müssen, in der es, übrigens sachlich vollständig falsche, Mitteilungen über die geschäftliche Seite der Reise des Königs und über die Kosten des Besuches widergibt. Der Verfasser, dem die einfachsten Formen politischer Höflichkeit unbekannt sind und dessen Gehirn die geschmacklosesten Sensationskolporlage, nicht aber die Politik zu sein scheint, fabelt von vergeblichen Kreditgesuchen des Königs in Berlin. Demgegenüber erfahren wir von informierter Seite, daß der König sein wirtschaftliches Programm, wie von vornherein bestimmt, in Deutschland programmäßig abgewickelt hat, und seinen Chefingenieur sowie einen Professor der Technischen Hochschule mit der Prüfung der eingehenden Angebote beauftragt hat. Verhandlungen über den üblichen Exportkredit im Rahmen der Exportkreditversicherung sind für beide Teile befriedigend abgeschlossen worden. König Aman Ullah wird von London wieder nach Berlin zurückkehren und sich hier zwecks Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten noch zehn Tage inkognito aufhalten.

*

Sonderbar sind die Schreck- und Entrüstungsgebärden der Lügenbolde, wenn ihnen die folgsagte Wahrheit wieder einmal leibhaftig begegnet. Das geschieht immer häufiger. **Die Wahrheit über die Ursachen des Weltkrieges** läßt sich nicht einfangen und unter dem Quoderblock des Versailler Diktats begraben halten. Im Verlauf einer Rede im jugoslawischen Parlament ist der kroatischen Bauernführer Raditsch die Bemerkung entfahren, Serbien habe den Weltkrieg entfesselt, um einen Zugang zum Meere zu erreichen. Es war Raditsch offenbar darum zu tun, seinen Zobel an der Regierung, die den jetzt endlich erreichten Vorteil nicht genügend ausnutze, zu unterstreichen. Der entrüstete Tumult, der seinen Worten folgte, verursachte ihm kaum zu einigen Abschwächungen und historischen Behauptungen, wie der, daß Serbien 1914 ebenso herausgefordert und zum Kriege gezwungen worden sei, wie Deutschland 1870 durch Frankreich. Für Serbien reift dies ja nun nicht zu. Aber das, was der kroatische Bauernführer sagte, ist ein Beweis dafür, daß die Verlogenheit der Kriegsschuldanklage gegen Deutschland schon allenthalben bis in ferne Winkel verkehrsentlegener Gebiete erkannt worden ist. Der darüber im großserbischen Parlament entstandene Lärm bedeutet nichts anderes, als daß man sich gegenseitig von Zeit zu Zeit mit Heftigkeit dazu ermuntern muß, daß man übereingekommen ist, sich so zu stellen, als wenn man nicht längst aus Enthüllungen und Veröffentlichungen — wie z. B. aus denen über den Mord von Serajewo — den wahren Sachverhalt.

kbg. Wien, 9. 3. (Eigenbericht)

An der Belgrader Technischen Hochschule sind 22 Professoren in Streit getreten, weil sie seit über einem halben Jahr ihre Vorlesungen und Nebenstunden nicht honoriert erhalten. Das Unterrichtsministerium bemüht sich um die Beilegung des Streits.

Preußens Kampf gegen Reich und Reichswehr

Braun bleibt unbelehrbar — Heftige Auseinandersetzungen im Landtag

Der preußische Ministerpräsident hat es für richtig gehalten — die Bedeutung dieser Frage anerkennend —, bei der Landtagsaussprache über seinen Etat die ablehnende Haltung des preußischen Kabinetts gegenüber dem Geschutz für die Lissee eingehend zu begründen. Seine eigenen Parteigenossen hielten das ausführende für eine Farce; im Gegensatz zur Opposition brachten sie während der Rede ihres Regierungschefs eine Ungeduldrheit und naive Mißachtung zum Ausdruck, die man immer wieder verwundert beobachtet. Wir jedenfalls nehmen die Erklärungen Brauns keineswegs so leicht; denn sie erweisen, daß der Kommandeur der ersten Bastion Preußens unbekümmert um die abweichende Auffassung eines Teiles seiner eigenen Armee — das Zentrum hat sich bekanntzweideutig für das Panzerschiff erklärt — in seiner starr ablehnenden Haltung verharrt. Er ist nicht für sich zur Verteidigung mit einem ganzen Arsenal von Zitaten versehen lassen.

Aber er vergaß die Folgerung aus diesem funktionellen Aufbau: Warum erkennt er nicht die Autorität des Reichswehrministers Groener in dem Punkte an, in dem Groener heute die politische Verantwortung trägt? Wenn jener gerade nach seiner heftigen Kritik an der alten Flottenpolitik das Panzerschiff politisch zu vertreten weiß, warum fühlt Braun sich dann als noch höher verantwortliche Instanz?

Man hört aus allem nur das Nein. Ein Nein, von dem man hier wie oft leider nicht das Gefühl vom sachlicher Beweggründe empfindet. Herr v. Campe sprach es richtig aus: Die hier begonnene Linie führt einen finanziellen Eigenwirtschaft aufzubauen. Ferner wird die Wiederherstellung der alten preußischen Hegemonie für unmöglich erklärt. Bereichsbildung oder Zerschlagung Preußens ist zunächst nur der Weg, durch Anbahnung eines vertrauensvollen Verhältnisses zwischen Reichsgewalt und preußischer Staatsgewalt Reibungen zu vermeiden und auf gemeinsame Arbeit in der Verwaltungsvereinfachung hinzuführen." — Dazu ist zu bemerken: Es ist klar, daß keine Partei so sehr dazu berufen ist, für ein Vertrauensverhältnis zwischen Reich und Preußen zu wirken wie gerade die Zentrumspartei, und daß ferner die Zentrumspartei in der ganzen Frage der Reichsreform ein gewichtiges Wort zu sprechen haben wird. Um so bedeutsamer erscheint es, daß das Zentrum in seinen Richtlinien sich keineswegs für den schematischen Einheitsstaat ausspricht, sondern für eine organische Fortbildung des Bestehenden, so daß sich auch auf diesem Felde die Möglichkeit gemeinsamer vaterländischer Arbeit mit der Rechten ergibt.

*

Mit wenig Witz und in recht taktloser Weise glaubt ein Berliner Abendblatt seinen Lesern eine Schlußnote unter den Besuch des Königs **Aman Ullah** vorsetzen zu müssen, in der es, übrigens sachlich vollständig falsche, Mitteilungen über die geschäftliche Seite der Reise des Königs und über die Kosten des Besuches widergibt. Der Verfasser, dem die einfachsten Formen politischer Höflichkeit unbekannt sind und dessen Gehirn die geschmacklosesten Sensationskolporlage, nicht aber die Politik zu sein scheint, fabelt von vergeblichen Kreditgesuchen des Königs in Berlin. Demgegenüber erfahren wir von informierter Seite, daß der König sein wirtschaftliches Programm, wie von vornherein bestimmt, in Deutschland programmäßig abgewickelt hat, und seinen Chefingenieur sowie einen Professor der Technischen Hochschule mit der Prüfung der eingehenden Angebote beauftragt hat. Verhandlungen über den üblichen Exportkredit im Rahmen der Exportkreditversicherung sind für beide Teile befriedigend abgeschlossen worden. König Aman Ullah wird von London wieder nach Berlin zurückkehren und sich hier zwecks Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten noch zehn Tage inkognito aufhalten.

*

Sonderbar sind die Schreck- und Entrüstungsgebärden der Lügenbolde, wenn ihnen die folgsagte Wahrheit wieder einmal leibhaftig begegnet. Das geschieht immer häufiger. **Die Wahrheit über die Ursachen des Weltkrieges** läßt sich nicht einfangen und unter dem Quoderblock des Versailler Diktats begraben halten. Im Verlauf einer Rede im jugoslawischen Parlament ist der kroatischen Bauernführer Raditsch die Bemerkung entfahren, Serbien habe den Weltkrieg entfesselt, um einen Zugang zum Meere zu erreichen. Es war Raditsch offenbar darum zu tun, seinen Zobel an der Regierung, die den jetzt endlich erreichten Vorteil nicht genügend ausnutze, zu unterstreichen. Der entrüstete Tumult, der seinen Worten folgte, verursachte ihm kaum zu einigen Abschwächungen und historischen Behauptungen, wie der, daß Serbien 1914 ebenso herausgefordert und zum Kriege gezwungen worden sei, wie Deutschland 1870 durch Frankreich. Für Serbien reift dies ja nun nicht zu. Aber das, was der kroatische Bauernführer sagte, ist ein Beweis dafür, daß die Verlogenheit der Kriegsschuldanklage gegen Deutschland schon allentalben bis in ferne Winkel verkehrsentlegener Gebiete erkannt worden ist. Der darüber im großserbischen Parlament entstandene Lärm bedeutet nichts anderes, als daß man sich gegenseitig von Zeit zu Zeit mit Heftigkeit dazu ermuntern muß, daß man übereingekommen ist, sich so zu stellen, als wenn man nicht längst aus Enthüllungen und Veröffentlichungen — wie z. B. aus denen über den Mord von Serajewo — den wahren Sachverhalt.

kbg. Wien, 9. 3. (Eigenbericht)

An der Belgrader Technischen Hochschule sind 22 Professoren in Streit getreten, weil sie seit über einem halben Jahr ihre Vorlesungen und Nebenstunden nicht honoriert erhalten. Das Unterrichtsministerium bemüht sich um die Beilegung des Streits.

Neuer Lösungsversuch im ungarisch-rumänischen Streit

Chamberlains Vorschlag vom Völkerbundsrat angenommen — Briand polemisiert gegen Graf Apponyi

fs. **Genf**, 9. 3. (Eigenbericht)

Die Verhandlungen über die Optantenfrage wurden heute in öffentlicher Sitzung wieder aufgenommen. Der Berichterstatter Chamberlain gab zunächst seiner Bemunderung für die vorzüglichen Leistungen Titulescus und Graf Apponyis Ausdruck und seinem Bedauern darüber, daß sie sich nicht kürzer hätten fassen können. Die Lösungsversuche seien völlig gescheitert, erstens daran, daß Ungarn die Vorschläge des Rates nicht angenommen habe, zweitens daran, daß Rumänien dieselben Vorschläge als Vorbedingung für Verhandlungen mit Ungarn aufgestellt habe. Das die materielle Seite der Sache betreffe, so sei

noch nicht einmal der Versuch gemacht worden, eine Brücke zu schlagen.

Infolgedessen werde man es ihm nicht verdenken können, wenn er erkläre, daß er am Ende seiner Kraft stehe. Er könne aber trotzdem nicht aufgeben, daß keine Lösungsmöglichkeit mehr vorhanden sei. Der Rat habe zwar nicht die Macht, eine Entscheidung aufzuzwingen, aber er könne an den guten Willen und die Friedensliebe der Parteien appellieren. Seit 1923 würden die Beziehungen zwischen den beiden Staaten durch die zahlreichen Unterbrechungen unserer Genauer unnötig leiden. Braun schloß seine ausführlichen Erklärungen über diese Frage mit einem ausführlichen Appell, uns zu mehr, als erdenkliche Mittel für zweckdienliche Ausgaben sowohl im Preußischen Staatshaushalt wie im Reichsetat fehlen. (Lebhafte Zustimmung links.)

Er verteidigte sich weiter dann gegen den Vorwurf der Deutschnationalen, Preußen übe ein planmäßiges Vorgehen gegen die Reichsregierung. Er meinte, diesen Vorwurf könne man gegen die meisten Länder richten, denn in fast jeder Reichsregierung werde sich irgendein Land durch die Stellung von Anträgen gegen Maßnahmen der Reichsregierung. Die preußische Staatsregierung habe vielmehr sich immer bemüht, der Ministerpräsident das Leben nicht schwer zu machen. Sie habe oft, Reichsinteressen vor die Landesinteressen gestellt. (Beifall links.)

Gegenüber deutschnationalen Beschwerden über parteipolitische Entscheidungen erklärte Braun: Ich habe erst bei der Vorgängen im Reichsinnenministerium gesehen, welche Stimmen wie in dieser Beziehung laut werden sind. Der Unterschied zwischen Staatsministerium und dem betreuten Reichsministerium besteht nur darin, daß wir möglichst republikanische Beamte in leitende Stellen setzen, während man dort, entgegen unserer heutigen Staatsform, Republikaner beseitigt und Monarchisten einstellt. Wir werden noch nur bestrebt sein, unsere Verwaltung mit republikanischen Beamten zu füllen. (Beifall links.)

Zum Schluß ging der Ministerpräsident auf einige kleinere Fragen ein. Zum Fall des Universitätsprofessors Bahlen, der eine schwarzrotgoldenen Faden vom Hinterhaus des Hauses herunterhalten lassen, bemerkte er unter stürmischem Beifall der Linken: Wenn ein Beamter sich in dieser Weise gegen die Verfassungsfarben vergeht, ist sein Platz mehr für ihn in der preußischen Verwaltung. — Braun berichtete weiterhin über die Untersuchungen des Chefs und den Industrieführern. Er warf zum Schluß dem deutschnationalen Abgeordneten Lüdemann vor, daß er die Unterschied zwischen der preußischen und der politischen Regierung Demagogie vor. (Lebhafter Beifall links.)

Der Zentrumsabgeordnete Dr. Schwering warf den Deutschnationalen vor, der vom Kriege das schlimmste Parteregiment geführt zu haben, das man sich nur denken könne. Das Ende jener Aera des Rückergangs unter dem Regime Braun sei unerhört. Im Gegenteil habe Preußen gerade in dieser Zeit gute wirtschaftliche und kulturelle Leistungen aufzuweisen gehabt.

Der Volksparteiler Dr. v. Campe nannte die Behauptung des Vorredners, das Zentrum habe unter Zurückdrängung aller parteipolitischen Wünsche stets nur staatspolitische Gesichtspunkte walten lassen, geradezu grotesk. Der Redner erklärte, daß seine Ablehnung des volksparteilichen Entwurfs anerkennen und fragte, wie es bei dem Rechtsstreit keiner Länder an Preußen mit dem Reichsstaatsgerichtshof stehe.

*

In der Frage des Panzerschiffes erklärte der Redner: Die Deutsche Volkspartei hält es für eine der vornehmsten nationalen Aufgaben, daß das Reich die Machtmittel, die es noch besitzt, festhält. Es kommt sonst einmal der Tag, wo mit deutschen Gerichten, bei der Ministerpräsident gegen den Panzerkreuzer anführt, die Reichswehr aufgehoben wird. (Sehr richtig! rechts.) Wir halten jeden möglichen Schutz für Ostpreußen für notwendig. Alle Bestrebungen, die Politik auf die Basis des Rechts zu bringen, haben bisher nicht geschrieben, daß immer wieder die Macht entscheidet. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Zum Schluß stellte der Redner fest, daß die Bevorzugungen hinsichtlich der Beamtenpolitik nicht erfüllt seien.

Ministerpräsident Dr. Braun teilte mit, daß mit einigen Ländern Unterhandlungen über den Anschluß schweben, aber keine offiziellen. Auch in der Frage des typischen Anschlusses erklärte er, daß es unschwierig, von preußischen Seite aläuferlich zu drängen. Der Ministerpräsident gab im übrigen zu bedenken, daß Preußen bei dem Anschluß eines kleinen Landes weder politisch noch wirtschaftlich gewinnen würde, daß es höchstens keinen, ohnedies schon geringen Einfluß im Reichsrat noch mehr verlieren würde. Die unglückseligen Verfassungsbestimmungen über die Provinzstimmen im Reichsrat würden zum Abgehen einer neuen Stimme führen. Man müsse eine Revision dieser Bestimmungen verlangen. Falls Baden und Württemberg sich zusammenschließen sollten — er habe für diesen Fall als Sachgebietsgeschenk das Saarbecken vorgeschlagen — würde Preußen sogar zwei Stimmen im Reichsrat verlieren. Gegenüber Herrn v. Campe stellt Braun seine Ansicht in der Frage des Panzerschiffes entgegen. Hinsichtlich der Personalpolitik berief er sich auf das Verhalten des alten Preußens, das nur Konservative eingestellt habe.

*

Der Rechtsausschuß des Reichstages haben die Kommunisten einen neuen Amnestieantrag eingebracht, der — um den Deutschnationalen die Zustimmung zu ermöglichen — auch die „Fememörder" von der Amnestierung nicht ausschließt.

Darauf wandte sich Briand

gegen die Neuerung Graf Apponyis,

daß die kleinen Staaten auf politischem Gebiete mit den großen nicht gleichberechtigt sein könnten. Das bestritt er auf das Entschiedenste. Die kleinen Staaten hätten im Völkerbund jede Gelegenheit, ihr Recht zu behaupten. Auf der anderen Seite aber dürften die kleinen Staaten sich nicht zu Tonamen aufwerfen, sondern müßten mitarbeiten im Geiste des Friedens und der Versöhnlichkeit.

Den Grafen Apponyi forderte er auf, aus der Höhe der abstrakten Definitionen und Argumente in das alltägliche Leben hinabzusteigen, wo alles relativ sei. Wenn er das tue, wie es auch der Rat tue, so könne man eine Lösungsmöglichkeit finden. Er wandte sich dann an die Parteien, um ihnen nahezulegen, die Empfehlung des Rates anzunehmen. Täten sie es nicht, so würden sie zwar denen Wasser auf die Mühle gießen, die den Völkerbund herabsetzen, und sie würden in der Tat erreichen, daß die Ohnmacht des Völkerbundsrates dargetan werde. Sie selber würden sich aber in einem Zustand befinden, der zu den größten Besorgnissen Anlaß geben müßte.

Seialoja beschränkte sich einfach darauf, die Anregung Chamberlains zu empfehlen. Dann sprach Stresemann

Die Vorschläge Chamberlains wurden einstimmig angenommen.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen wurde beschlossen, die Türkei zu den Entwaffnungsverhandlungen einzuladen und Rußland auf seine Anfrage eine zustimmende Antwort zu senden. In die Wirtschaftskommission wurde auf Stresemanns Vorschlag der Amerikaner Coolman gewählt.

Aman Ullahs Abschiedsworte an Hindenburg

Der König von Afghanistan hat aus Kachen folgendes Telegramm an den Reichspräsidenten gerichtet:

„Im Begriff, Deutschland zu verlassen, ist es mir und der Königin ein herzliches Bedürfnis, Ihnen sehr verehrter Herr Reichspräsident und den ganzen deutschen Volk unseren aufrichtigen und innigen Dank für die uns erwiesene liebenswürdige Gastfreundschaft zum Ausdruck zu bringen. Wir werden an die schönen Tage, die wir in Deutschland verlebt durften, stets die freundschaftliche Erinnerung bewahren. Empfangen Sie die aufrichtigsten Wünsche für Ihr Wohlergehen und für den weiteren Wiederaufstieg des ruhmreichen deutschen Volkes.

Aman Ullah."

Der Reichspräsident hat dem König hierauf telegraphisch wie folgt erwidert: „Eurer Majestät danke ich herzlichst für die so freundlichen Abschiedsgrüße. Ich erwidere sie mit den aufrichtigsten Wünschen für einen guten weiteren Verlauf der Reise und das Wohlergehen Eurer Majestät und der Königin sowie für eine glückliche Zukunft des afghanischen Volkes.

v. Hindenburg."

Der sogenannte Streichungsausschuß der Stadtverordnetenversammlung hat heute erneut getagt und versucht, durch weitere Abstriche in den Ausgaben und Herausfassung der Einnahmepositionen einen Ausgleich im Berliner Etat herbeizuführen. Der Ausschuß hat neue Mehreinnahmen, die bei einer Aenderung des Finanzausgleichs zugunsten Berlins aus der Einkommensteuer und Körperschaftssteuer sowie aus der Reichskraftfahrzeugsteuer Berlin zufließen würden, bereits in den Haushalt miteingesetzt. Trotzdem verbleibt auch dann noch ein Fehlbetrag von 10 Millionen Mark, für den eine Deckung nicht gefunden werden konnte.

Der deutsche Wahlsieg in Polen

Von einem gelegentlichen Berichterstatter

Bromberg, 7. 3.

Wer den fast aus Wunderbare grenzenden Erfolg der Deutschen in Westpolen bei den Sejmmahlen recht begreifen will, muß vor allem bedenken, daß nahezu eine Million Deutsche aus dem ehemals preußischen Teilgebiet nach Deutschland abgewandert sind, und daß ein Teil dieser Abwanderung noch in die letzten fünf Jahre fällt. Trotzdem haben im Herbst 1922, als der vergangene Sejm gewählt wurde, die deutschen Listen nicht nur beträchtlich weniger Mandate, sondern auch weniger Stimmen erhalten. Daß bei Fortgang der Abwanderungsbewegung und der dadurch bedingten Zuwanderung von mindestens ebensoviel Polen die Stimmenzahl der deutschen Listen beträchtlich vermehrt werden konnte, selbst in solchen Bezirken, die auch bisweilen ohne Mandate bleiben mußten, das ist die politisch bemerkenswerteste Feststellung des westpolnischen Wahlergebnisses. Bis zum letzten Mann und zur letzten Frau, eingerechnet die ältesten Greise und die bedauernswertesten Krüppel, haben die Deutschen ihre Pflicht getan. Und wenn darüber hinaus auch einige polnische Stimmen den Proportionz der deutschen Wahlbeteiligung über 100 Prozent gebracht haben, so ist auch diese Tatsache gewiß bemerkenswert.

Auch die Polen haben außerordentlich stark gewuchst und damit den Schaden ihrer Parteizersplitterung zum guten Teil wieder wett gemacht. Doch wenn auf polnischer Seite mit 90 und auf deutscher mit 100 Prozent gestimmt wurde, dann waren es eben diese 10 Prozent, die ein Mandat einbrachten. Die deutschfeindlichen Rechtsparteien, die bisher zwei Drittel aller Mandate in Westpolen in Händen hielten, haben eine vernichtende Niederlage erlitten, auch die Regierungsparteien, die in der übrigen Republik so sehr erfolgreich waren, haben hier entäuscht. Die Folge der bisherigen Staatspolitik von zunächst ein überwiegendes Anwachsen der sozialistischen Stimmen, die nur in Oberschlesien, wo sie mit ihren deutschen Genossen ein viel bedauertes Wahlbündnis eingingen, einen empfindlichen Rückgang erlebten. In Posen und Pommerellen gewannen sie jedoch überall Boden, während sie 1922 hier kein Mandat erhielten. Am tapfersten aber hat sich die immer enger zusammengedrängte deutsche Minderheit geschlagen. Sie hat trotz des Terrors der Aufständischen in Oberschlesien ihre Mandatssitze von 5 auf 6, in Posen und Pommerellen von 3 auf 7 erhöhen können. Neu erobert wurde das zweite Mandat in Teschener Schlesien und der zweite Sitz im Wahlbezirk Bromberg. Neu gewonnen wurden endlich in Pommerellen Wahlkreise Dirschau und Thorn, die bisher keine deutschen Vertreter hatten, und der Wahlkreis Graudenz, der gleichfalls vor fünf Jahren für die deutsche Liste lor ausging.

Im katschubischen Wahlkreis Dirschau-Neustadt-Putzig wurde der Kleingrundbesitzer und frühere Lehrer Anton Tatarinski, ein katholischer Deutscher gewählt. In Graudenz und in Thorn der evangelische Superintendent Ernst Barczewski, der Führer der Masuren, der bereits dem verfassungsgebenden Sejm angehört hatte. Es ist noch nicht bekannt, für welchen Wahlkreis er sich entscheiden wird, und ob der zweite Kandidat in Graudenz, der Rittergutsbesitzer Dr. v. Koerber-Woerderoge, oder der Nachfolger in Thorn, der Stromberger Rechtsanwalt Spiner, neben Herrn Barczewski in den Sejm einziehen wird. In Bromberg wurden der frühere Oberstleutnant und Bataillonskommandeur der Deutschen Vereinigung Kurt Graebe, sowie der sozialistische Redakteur Arthur Pankratz gewählt. Beide gehörten bereits dem letzten Sejm an. Da der Abgeordnete Graebe zugleich auf der Staatsliste gewählt wurde und damit in

Zunahme des Gelbfiebers in Afrika

Eine Gefahr für Europa?

Von **Prof. Dr. Steudel**

In Frankreich beunruhigt man sich darüber, daß am Senegal das Gelbfieber neuerdings wieder große Opfer fordert, nachdem es in den Kriegs- und Nachkriegsjahren verschwunden schien. In „L'Afrique Française" findet sich ein Berichtigungsartikel, welcher erklärt, in früheren Zeiten habe es sich um ganz andere Zahlen gehandelt, 1878 seien von 1471 europäischen Einwohnern der Kolonie in wenigen Monaten 749 verschieden, und im Jahre 1900 seien 235 Europäer gestorben. Außerdem reiset der Verfasser des Artikels Camille Guy seine Landsleute damit, daß auch in englischen Kolonien Gelbfieberseuchen; bei der letzten Sitzung des Ingenieurkomitees des Völkerbundes seien 1927 nach einem offiziellen Bericht 93 Fälle an der Goldküste, wovon die Mehrzahl Todesfälle waren, aufgeführt worden. Auch in Nigerien, wo eine permanente Rockfeller-Kommission zur Unterdrückung der Seuche tätig sei, fordere das Gelbfieber seine Opfer. Von einer internationalen Bereinigung hoffe er Hilfe. Am Senegal selbst sind nach Camille Guy 1926 32 Fälle von Gelbfieber vorgekommen, vom Mai bis 14. Oktober 1927 aber 142 mit 95 Todesfällen unter einer Bevölkerung von 9494 Europäern. Vom 27. Oktober bis 12. November seien noch 24 neue Fälle gemeldet worden, die sich auf sieben verschiedene Orte Senegambiens verteilen.

Diese Zahlen können Besorgnis erregen. Es kommt noch hinzu, daß das Gelbfieber im verflossenen Jahre auch nach Innenstationen und nach dem Süden weiter vorgedrungen ist. In den letzten Jahrzehnten machte sich das Gelbfieber nur ab und zu einmal im nördlichen Teil der afrikanischen Westküste durch eine kleine Epidemie bemerkbar. Noch im Jahre 1920 bereiste eine Rockefeller-Kommission zum Studium des Gelbfiebers die Küste vom Senegal bis zum Kongo, ohne einen Krankheitsfall finden zu können. Jetzt werden auch von Kamerun und vom belgischen Kongo immer wieder neue Fälle gemeldet. Man kann daher die Befürchtung nicht unterdrücken, daß an der Westküste Afrikas ein großer ständiger Seuchenherd von Gelbfieber entsteht, ähnlich wie jahrhundertelang Zentral- und Südamerika einen schweren Gelbfieberherd gebildet haben.

Von Amerika aus ist das Gelbfieber oft in Europa eingeschleppt worden. In zahlreichen Gelbfieberfällen entstanden kleinere oder größere Epidemien von Gelbfieber; die größten, welche Tausende von Opfern forderten, herrschten in der Mitte des 19. Jahrhunderts in Spanien und Portugal. Dauernd konnte sich das gelbe Fieber in Europa allerdings nicht einnisten. Der europäische Winter war der tropischen Seuche nicht günstig.

Bekannt ist, daß der französische Versuch der Panamadurchstechung Ende des letzten Jahrhunderts daran scheiterte, daß das gelbe Fieber und die Malaria, beides Krankheiten, die durch Stechmücken übertragen werden, allsiehe unter dem Heere der Arbeiter wüteten. Den Amerikanern glückte der Bau des Panamakanals nach Durchführung ausgedehnter Sanierungsarbeiten und unter strenger hygienischer Ueberwachung aller beim Bau des Kanals beschäftigten Menschen. Den Amerikanern ist es auch gelungen, durch energische Bekämpfung des Gelbfieber in ihrem Gebiet so eingedämmen, daß jetzt nur noch in entlegenen Gegenden Brasiliens jährlich einige Krankheitsfälle vorkommen. Es wird nur noch wenige Jahre währen, bis Amerika vom Gelbfieber ganz befreit ist. Die Gelbfieberzentren Havanna, Panama, Rio de Janeiro, Vera Cruz und andere, in denen früher jeder Reisende damit rechnen mußte, in kürzester Zeit von der lebensgefährlichen Krankheit erfaßt zu werden, sind schon seit Jahren vollkommen frei von Gelbfieber.

Wenn sich jetzt das gelbe Fieber an der Westküste Afrikas ausbreitet, ist die Gefahr, daß es von hier auf dem viel kürzeren Seewege wieder nach Europa eingeschleppt wird und daß in der Sommerzeit wieder Epidemien in Europa entstehen, nicht zu unterschätzen. Die schwarzweißgefleckte Stechmücke, die Stegomyia fasciata, die das Gelbfieber überträgt, ist auch in Europa weit verbreitet, auch in Deutschland heimisch. Die Erfolge der Amerikaner zeigen aber, daß wir gegen das Gelbfieber nicht mehr machtlos sind. Den Kampf gegen das Gelbfieber haben die Amerikaner in der Weise geführt, daß sie jeden Gelbfieberkranken so rasch wie möglich unter einem Moskitonetz absonderten, damit keine Stechmücke die Krankheitskeime aufnehmen konnte. Die strenge Absonderung braucht nur drei Tage zu dauern, da nur so lange die Kranken für die Mücken ansteckungsfähig sind. Außerdem wurde jedes Haus, in dem ein Fall von Gelbfieber vorgekommen war, sofort gründlich ausgeräuchert, um die darin befindlichen oder schon angesteckten Stechmücken zu vernichten. Endlich wurden die Brutplätze der Gelbfiebermücke aufgesucht und getötet, was sich bei der Stegomyia fasciata leichter durchführen läßt als bei anderen Stechmücken, weil sie eine ausgesprochene Hausmücke ist, deren Brutplätze in der Regel in den Häusern selbst oder in ihrer nächsten Umgebung sich aufhalten lassen.

Zweifellos würden sich diese Maßregeln ebenso in Europa durchführen lassen wie in Amerika, so daß wir es in der Hand haben, daß die eingeschleppung von Gelbfieber entstehende Epidemien rasch zu tilgen. Aber besser wäre es, der Gefahr durch Vernichtung der Seuchenherde in Afrika zu begegnen. In der Tat müßte es auch in Afrika gelingen, durch ähnliche Maßnahmen über das gelbe Fieber Herr zu werden, aber unter afrikanischen Verhältnissen ist es bekanntlich gegen diese Seuche schwieriger. Es kommt besonders in Betracht, daß die Eingeborenen das Gelbfieber dadurch in unbewcer Form durchmachen, dabei aber doch den Ansteckungsstoff durch Vermittlung der Mücken weiter übertragen können. Die größte Schwierigkeit, welche die bisherigen unbefriedigenden Ergebnisse in der Bekämpfung des Gelbfiebers an der afrikanischen Westküste hinreichend erklären, bildete aber der Mangel an Aerzten. Mit einer ausreichenden Zahl tüchtiger Aerzte könnte man mit unseren jetzigen wissenschaftlichen Kenntnissen über diese Krankheit endlich in Afrika auf Erfolg rechnen.

Vergleichende Musikwissenschaft. Im musikwissenschaftlichen Seminar der Universität Königsberg in Preußen sprach Dr. Wilhelm Heinig vom Phonetischen Laboratorium der Universität Hamburg auf besondere Einladung über die Bedeutung der sich mit den Musikkulturen außereuropäischer Völker befassenden vergleichenden Musikwissenschaft.